

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

17.11.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Nord Stream 2: Deutsche Umwelthilfe scheitert mit Klage vor Gericht</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 16.11.2021</i> .....	3
2   <b>Atom-Endlager: So sieht der Kompromiss für Bürgerbeteiligung aus</b> <i>br.de, 16.11.2021</i> .....	4

## Nord Stream 2: Deutsche Umwelthilfe scheitert mit Klage vor Gericht

*Mit ihrer Klage im Zusammenhang mit der Gaspipeline Nord Stream 2 ist die Deutsche Umwelthilfe (DUH) vor Gericht gescheitert. Die Klage richtete sich gegen das Bergamt Stralsund, das Anfang 2018 den Bau und Betrieb der Pipeline genehmigt hatte. Die Umweltschutzorganisation kündigt nun weitere rechtliche Schritte an.*

Greifswald Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) ist mit einer Klage im Zusammenhang mit der Gaspipeline Nord Stream 2 vor Gericht gescheitert. Die Klage sei nach Auffassung des Gerichts nur teilweise zulässig und – soweit zulässig – unbegründet, sagte Klaus Sperlich, der Vorsitzende Richter des Oberverwaltungsgerichts in Greifswald, am Dienstagabend.

Die Klage richtete sich gegen das Bergamt Stralsund, das Anfang 2018 den Bau und Betrieb der Pipeline genehmigt hatte. Die DUH wollte erwirken, dass mögliche Emissionen des Treibhausgases Methan im Zusammenhang mit der Pipeline überprüft werden und verwies vor allem auf mögliche Leckagen beim vorausgehenden Gastransport und der Förderung in Russland.

### DUH kündigt Beschwerde

Laut Gericht ist die Pipeline in der Zuständigkeit der Behörde - im deutschen Hoheitsgebiet - bereits auf Dichtigkeit geprüft worden. Für die russische Infrastruktur sah das Gericht zwar ein Rechtschutzbedürfnis seitens der DUH. Allerdings sei sie nicht Teil des Planfeststellungsverfahrens des Berg-

amts Stralsund. Eine Revision ist nicht zugelassen. DUH-Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner kündigte an, eine Beschwerde gegen die Nichtzulassung beim Bundesverwaltungsgericht prüfen zu wollen.

DUH-Anwältin Cornelia Ziehm hatte in der Verhandlung unter Verweis auf den Klimaschutz gefordert, mögliche Auswirkungen im Zusammenhang mit der Pipeline nicht außer Acht zu lassen. Es gehe nicht nur um ein „genehmigtes Rohrstück“, sondern um das dadurch zusätzlich geförderte Gas und dessen Klimawirkung. Nord-Stream-2-Anwalt Martin Ohms sagte hingegen, man könne die Erreichung allgemeiner Klimaschutzziele nicht ohne entsprechende gesetzliche Vorgaben auf ein einzelnes Projekt konzentrieren.

Nord Stream 2 ist zwar fertiggestellt, aber noch nicht in Betrieb. Eine Zertifizierung durch die Bundesnetzagentur steht noch aus. Ohne diese ist der Gastransport unzulässig. Die Behörde hat das Verfahren vorerst ausgesetzt. Zunächst müsse die Betreiberfirma nach deutschem Recht organisiert werden. Die DUH begrüßte die Entscheidung.



br.de | 16.11.2021

Lorenz Storch

WEBLINK

## Atom-Endlager: So sieht der Kompromiss für Bürgerbeteiligung aus

*Im Konflikt um die weitere Bürgerbeteiligung bei der Suche nach einem Atommüll-Endlager für Deutschland ist ein Kompromiss gefunden. Er soll gewährleisten, dass die Zivilgesellschaft breit und kompetent mitreden kann bei der Endlagersuche.*

Die Suche nach einem Atommüll-Endlager für Deutschland ist komplex, und sie ist langwierig. Nicht die besten Voraussetzungen also für eine niedrigschwellige Bürgerbeteiligung, wo möglichst jeder und jede Interessierte mitreden kann. Und wo gleichzeitig eine Diskussion mit dem nötigen fachlichen Niveau zustande kommt – denn über den Endlagerstandort in Deutschland sollen wissenschaftliche Kriterien entscheiden, nicht politische. Es soll der sicherste Ort gefunden werden, um den hochradioaktiven Müll für eine Million Jahre vom Lebensraum auf der Erdoberfläche fernzuhalten.

### Das Endlagersuchgesetz hat eine Lücke hinterlassen

Das Problem: Das vom Bundestag verabschiedete Endlagersuchgesetz hat bei der Öffentlichkeitsbeteiligung eine Lücke hinterlassen: Die sogenannte Fachkonferenz Teilgebiete, in der Vertreter aus Bürgerschaft, Verbänden, Kommunen und Wissenschaft den ersten Zwischenbericht zur Endlagersuche diskutiert haben, ist seit August beendet. Diese Fachkonferenz war das einzige vom Gesetz in der ersten Phase der Endlagersuche vorgesehene Beteiligungsgremium. Allerdings ist diese Phase noch lange nicht beendet. Bis eine Handvoll Regionen gefunden sind, die vertieft daraufhin untersucht werden, ob sie sich für ein Endlager eignen, wird es noch mehrere Jahre dauern.

### Anti-Atomkraftbewegung befürchtet Kuschelkurs mit dem Staat

Über die Frage, was in Sachen Bürgerbeteiligung bis dahin geschehen soll, war ein Streit entstanden. Auf der einen Seite der Staat – in Gestalt des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE): Das Amt legt großen Wert auf eine möglichst enge Einbindung von Bürgervertretern, damit im Suchprozess

auftauchende fachliche Fragen schnell und auf hohem Niveau diskutiert werden können. Auf der anderen Seite Menschen aus der Anti-Atomkraft-Bewegung, die "Kuschelrunden" fürchteten, an deren Ende der Staat seine Interessen doch allein durchdrückt. Diesen Kritikern war wichtig, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung weiter offen und unabhängig stattfindet.

### Ziel: Fachkompetenz erwerben und gleichzeitig offen bleiben

Die jetzt gefundene Lösung lautet: Die Vorschläge beider Seiten soweit wie möglich miteinander verbinden. Das Konzept sieht im Wesentlichen zwei Beteiligungselemente vor: ein Fachforum und eine Beratungs- und Planungsgruppe. Das Fachforum nimmt die Anliegen der Bürgerseite auf. Es soll mindestens einmal jährlich stattfinden und ist offen für alle Interessierten. Hier werden die Arbeitsfortschritte der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) auf dem Weg zur Ermittlung der Standortregionen diskutiert. Das erste Fachforum ist für das Frühjahr 2022 geplant. Dann will die BGE ein Konzept präsentieren, wie die weitere Standortsuche ablaufen soll – und auch einen Zeitplan. Die Ergebnisse des Fachforums sollen bei der weiteren Arbeit der BGE "verbindlich berücksichtigt werden", heißt es.

### Die kleine Beratungsgruppe soll die Öffentlichkeit mitnehmen

Das zweite Element, die so genannte Beratungs- und Planungsgruppe (BPG) geht auf das Anliegen des Bundesamts zurück: eine Gruppe von Vertretern der Zivilgesellschaft aufzubauen, die dauerhaft und mit hoher Fachkompetenz die Arbeit der BGE begleitet. Die BPG soll diese engmaschige Rückkopplung im kleinen Kreis leisten. Sie hat aber auch die Aufgabe, Öffentlichkeit herzustellen. Und das heißt auch: das große Fachforum einzuberufen, wenn wichtige Punkte diskutiert werden sollten.

## Wie die Zivilgesellschaft repräsentiert werden soll

Diese Gruppe setzt sich zusammen aus zehn Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft und je zwei Abgesandten des BASE, der BGE und des Nationalen Begleitgremiums (NBG), das ebenfalls durch das Endlagersuchgesetz eingerichtet wurde. Zur Zivilgesellschaft zählen neben "einfachen Bürgerinnen und Bürgern" auch Vertreter vier weiterer definierter Gruppen: Kommunen, gesellschaftliche Organisationen, junge Generation und Wissenschaft. Sie werden vom Fachforum gewählt.

Bayern ist gut vertreten

In dieser Beratungs- und Planungsgruppe ist Bayern und vor allem Oberfranken zum Start gut vertreten. Der Landkreis Wunsiedel ist mit einer Vertreterin dabei, genauso der Naturpark Fichtelgebirge als Verband. Auch bei den Vertretern der jungen Generation, die noch endgültig bestimmt werden müssen, sind ei-

ne Frau und zwei Männer aus Bayern im Rennen.

Der Geschäftsführer des Naturparks Fichtelgebirge, Jörg Hacker, ist eines der Mitglieder der Beratungs- und Planungsgruppe. Er ist recht zufrieden mit den bisherigen Fortschritten beim Thema Bürgerbeteiligung. Sieht aber gleichzeitig auch noch viel Arbeit auf sich und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter zukommen: "Wir müssen jetzt dem Ganzen Leben einhauchen!"

## Wenn die eigene Betroffenheit kommt, kann es zu spät sein

Bisher machen selbst bei bundesweiten Bürgerkonferenzen zur Endlagersuche jeweils nur einige hundert Menschen mit. Das wird sich voraussichtlich erst ändern, wenn nur noch wenige Regionen im Rennen sind – und die Bürger dort das Ziel verfolgen, ein Endlager in der eigenen Gegend zu verhindern. Dann werden wichtige Weichen jedoch schon gestellt sein.